

RAUMPLANUNG FÜR DIE WELT VON MORGEN



01 Auf Lösungssuche (v.l.n.r.): Daniele Ganser, Rahel Marti, Richard Wolff, Bruno Marazzi, Claudia Guggisberger und Vittorio Magnago Lampugnani (Foto: Lea Meienberg)

Über die räumlichen Fehlentwicklungen ist man sich weitgehend einig, und auch die Strategien zu deren Behebung sind grösstenteils bekannt, so das Fazit der Podiumsdiskussion «Stadt- und Raumplanung für die Welt von morgen». Obwohl das eigentlich schon seit dreissig Jahren der Fall ist, gibt es in Bezug auf die zeitgenössische Raumplanung durchaus auch Gründe zum Optimismus.

(s) Wer oder was steuert die Raumplanung? Braucht es eine Vision für die gesamte Schweiz? Wie gut ist unser Raumplanungsgesetz? So einige der Fragen, über welche im Rahmen des Podiums «Stadt- und Raumplanung für die Welt von morgen» am 24. November 2011 diskutiert wurde. Die Veranstaltung, die gemeinsam von der Kommission Frau und SIA und der SIA-Sektion Zürich organisiert worden war, bildete den Abschluss der diesjährigen Veranstaltungsreihe «Frau + Net». Ziel der Reihe war es, Lösungen aufzuzeigen für die «Welt von morgen».

«Es geht nicht nur darum, nur die Städte aufzulockern, sondern darum, deren Ausdehnung zu beschränken. An Stelle verzetzelter Gärten und Gärtchen inmitten der Häuser sollte dieses Land der Freihaltung der Umgebung sowie der die Stadt durchdringenden Landschaft zugeute kommen.» Das Zitat stammt nicht etwa vom 24. November 2011, sondern von Armin

Meili, in seinem Rückblick «25 Jahre Landesplanung in der Schweiz»¹ von 1958. Dass die Lösungsstrategien der Fachleute heute teilweise verblüffende Ähnlichkeit mit denjenigen ihrer (Gross-)Elterngeneration aufweisen, stimmt in Bezug auf die verändernde Kraft und Entwicklungsfähigkeit der Raumplanung fürs Erste nicht unbedingt optimistisch. Verändert beziehungsweise laufend zugespitzt hat sich dagegen der Handlungsdruck. «Wir leben in interessanten Zeiten», eröffnete Daniele Ganser, Historiker und Moderator der Diskussion, den Abend im Vortragssaal des Kunsthauses Zürich, um daraufhin auf die für 2011 bereits geschichtsträchtige Zahl aufmerksam zu machen: Seit diesem Jahr leben 7 Milliarden Menschen auf unserem Planeten. Weit interessanter als das ist laut Ganser aber die Tatsache, dass wir von der 6. zur 7. Milliarde nur 12 Jahre benötigt haben.

ZERSIEDLUNG IST NICHTS NEUES

Im Brennpunkt der anschliessenden Diskussion zwischen Vertretern und Vertreterinnen von Bund, Politik, Medien, Wissenschaft, Planungspraxis und Wirtschaft stand die Zersiedlung und die Frage, wie diese im Hinblick auf einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen einzudämmen ist. Dass die Zersiedlung existiert und ein Problem ist, bestätigten alle fünf Teilnehmenden auf Gansers Einstiegsfrage hin. Laut Vittorio Magnago Lampugnani, Professor für Geschichte des Städtebaus an

der ETH Zürich, ist diese aber in keiner Weise ein neues Phänomen. Die eigentliche Zersiedlung beginnt laut Lampugnani Anfang des 20. Jahrhunderts – als Modell dafür sieht er die Gartenstadt – und beschleunigt sich während der 1920er- und 1930er-Jahre.

Bekannt ist, dass die Fachleute und Politiker dieser Entwicklung nicht tatenlos zugesehen haben: Bereits 1943 wurde die Vereinigung für Landesplanung gegründet, 1969 wurde mit dem entsprechenden Verfassungsartikel der Grundstein für die nationale Raumplanung gelegt und 1980 trat schliesslich das Raumplanungsgesetz (RPG) in Kraft. Was aber haben dreissig Jahre Raumplanungsgesetz bewirkt? Hier gehen die Meinungen der Podiumsteilnehmenden auseinander: Bruno Marazzi, ehemaliger Inhaber der Marazzi Holding AG und seit 1971 im Geschäft, erinnert sich, dass die Bedürfnisse meist schneller gestillt waren, als die Planung bereit war. Richard Wolff, Sozialgeograf und Gemeinderat der Stadt Zürich, geht in seinem Urteil sogar so weit, dass dreissig Jahre Raumplanung gar nichts gebracht hätten. Claudia Guggisberger, Leiterin der Sektion Planung beim ARE, erachtet das RPG selbstverständlich als «gutes Gesetz». Doch wird laut Guggisberger Raumplanung nicht über Gesetze gemacht, sondern von Politikern, aber auch von uns allen. Und hier ortet Rahel Marti, leitende Redaktorin der Zeitschrift Hochparterre, eines der Probleme: Raumplanung heisse, den Leuten etwas wegzunehmen, das mache kein Politiker gern.

DAS GELD AUS DEM BODEN NEHMEN

Was ist zu tun? Da Raumplanung immer eine Summe von Partikularinteressen sei, appelliert Lampugnani für eine Vision für die ganze Schweiz. Erste Gedankenskizzen hat er schon parat: Keine Peripherie, kein «Dazwischen», stattdessen nur Städte, Dörfer und Landschaften. An Leitbildern und Visionen mangle es seit den 1930er-Jahren nicht, meint dagegen Wolff. Effektiv geschehe Raumplanung aber über Verkehrsinfrastrukturen und Steuerfüsse. Hier gelte es, die Rolle des Bundes zu stärken. Auch muss man laut Wolff endlich davon abkommen, den Boden als «Ware» zu betrachten, sei er doch eine nicht vermehrbare Ressource, die wie Wasser oder Luft allen gehöre. Einen wichtigen Schritt dahin, «das Geld aus dem Bo-

den zu nehmen», sieht Wolff in der Stadtzürcher Abstimmungsvorlage «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» vom 27. November 2011, die eine Erhöhung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen an allen Mietwohnungen von einem Viertel auf ein Drittel bis 2050 vorsieht. Marti, die sich auf der gleichen Argumentationsschiene bewegt, appelliert für Kostenwahrheit, Sensibilisierung der Bevölkerung für Fragen der Raumplanung und schliesslich dafür, der Landschaftsinitiative (voraussichtlich Mitte 2013) zuzustimmen – da der Gegenvorschlag alle Anzeichen zeige, zu einem zahnlosen Gesetz zu verkommen.

AUFRUF ZU MEHR OPTIMISMUS

Was bleibt als Fazit zurück? Im Grunde eine Bestätigung der bekannten Strategien: Stärkung des Bundes, Kostenwahrheit, griffiges Gesetz und Landesplan. Zu sagen, es habe

sich während der letzten dreissig Jahre nichts getan, wäre dennoch verfehlt: Mit Modellvorhaben, den Projets urbains und insbesondere den Agglomerationsprogrammen, hat der Bund – wie Guggisberger zu Recht erwähnt – wirkungsvolle Projekte lanciert. Parallel zum im Januar 2011 präsentierten Raumkonzept Schweiz wurden bedeutende Zusammenschlüsse wie die Metropolitankonferenz Zürich geschaffen oder – im Fall der etwas jüngeren Hauptstadtregion Schweiz – sogar ausgelöst. Nicht zuletzt zeugen Abstimmungsergebnisse wie das schliesslich überraschend deutliche Ja (75.9%) zum gemeinnützigen Wohnungsbau davon, dass – zumindest bei der Stadtbevölkerung – die Bereitschaft zur sozialen Durchmischung und zur Beschränkung des Flächenkonsums pro Person durchaus vorhanden ist.

«Ob die Schweiz sich wandeln oder sich selbst aufgeben will, kann letztlich nur das

Volk entscheiden», schrieb Max Frisch 1953 in seinem bekannten Essay «Cum grano salis»² – doch nicht, ohne zu ergänzen: «wobei es [...] nicht wenig darauf ankommt, ob die Intellektuellen es wagen, die entscheidenden Fragen so offen als möglich zu stellen [...]». In diesem Sinne wäre man vermutlich gut beraten, sich weniger darauf zu besinnen, was aufgrund bestehender Schranken nicht möglich ist, als – in Anlehnung an Frischs Aufruf zu einer «schöpferischen Planung» – wieder vermehrt, Handlungsspielräume aufzuzeigen, wo Möglichkeiten gestiftet werden können. Von Letzterem wünschte man sich im aktuellen Raumplanungsdiskurs etwas mehr.

Anmerkungen

1 Armin Meili, «25 Jahre Landesplanung in der Schweiz», in: Werk 9/1958

2 Max Frisch, «Cum grano salis. Eine kleine Glosse zur schweizerischen Architektur», in: Werk 10/1953